Nr 12 XXVIII. Jahrgang

Mittwoch, 14. Januar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 8 28, 13 8 30, 13 8 97, 17 1 09. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 22 mm breit, M. 1.30, für das Ausland M. 2.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 6.—. Bei Ziffern- oder Auskunft 10 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Grundpreise 10 v. H. Zuschlag. Briefgebühr 30 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Keine Besserung im Eisenbahnerstreik

Der Eisenbahnerstreik nimmt trotz allem Entgegenkommen und trotz dem Aufruf der Regierung an Schärfe und Ausdehnung immer noch zu. Er ist nun auch nach Süddeutschland übergesprungen und bedroht so jetzt das ganze Reich. Wenn nicht doch noch rechtzeitig die vernünftigen Elemente unter den Eisenbahnern, die wohl in der Mehrzahl sind, sich aber augenblicklich noch passiv verhalten oder mit dem Strom treiben lassen, wenn diese Elemente sich nicht ihrer Pflicht besinnen und den Wühlern entgegentreten, droht Deutschland aufs neue der wirtschaftliche Zusammenbruch.

Ueber das Anwachsen des Streiks wird aus Berlin gemeldet: „Eine Versammlung von Vertrauensmännern in Breslau hat den Eisenbahnerstreik in ganz Schlesien beschlossen. Er soll am Mittwoch beginnen." Hierzu kommen noch folgende Depeschen:

⚭ Berlin, 13. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Eisenbahnerstreikbewegung hat sich im Laufe des gestrigen Tages auch auf Süddeutschland ausgedehnt. In den Direktionsbezirken Nürnberg und München ist gestern ein großer Teil der Eisenbahner der Arbeit in den Betriebswerkstätten fern geblieben.

⚭ Berlin, 13. Januar. (Eig. Drahtbericht.) **Versammlungen der Postunterbeamten und Telegraphenarbeiter des Berliner Direktionsbezirkes haben sich für die Unterstützung des Eisenbahnerstreiks erklärt. In einer Versammlung in Potsdam teilte ein radikaler Betriebsangestellter mit, daß alle deutschen Verkehrsarbeiter vor dem Losschlagen gegen die Regierung stünden.**

Aus Düsseldorf wird zum Streik gemeldet: „In der Streiklage ist keine Veränderung eingetreten. Nach einer Verordnung des militärischen Befehlshabers werden Kabaretts, Kinos und Bars sowie Konzertlokale gesperrt. Diese Maßnahme ist notwendig, weil nur unter diesen Bedingungen die Streikleitung Kohlen liefert. Die Bedingungen der Streikleitung erfordern auch weiter die Absperrung der gewerblichen Betriebe vom Strombezug. Dadurch werden über 10 000 Arbeiter, die jetzt ohnehin nur sechs Stunden arbeiten, arbeitslos. Milderungen zu erreichen, war nicht möglich."

Auch an **andern Orten machen sich die Folgen des Streiks bereits recht unangenehm bemerkbar.** So wird vom Wolff-Bureau gemeldet: „**Mehr als eine halbe Million Tonnen Kohlen**, die für die Industrie und als Hausbrand bestimmt sind, sind im Essener Bezirk verladen, können aber wegen des Streiks nicht abgefahren werden." Nach einer Meldung aus Berlin ist auch der **Postverkehr durch den Eisenbahnerstreik in den westlichen Gebietsteilen stark in Mitleidenschaft gezogen.** In einigen Bezirken der Rheinprovinz hat mangels Gelegenheit zur Fortschaffung die Annahme von Postpaketen bereits gesperrt werden müssen.

Ueber die Folgen des Streiks wird weiter gemeldet:

+ **Dortmund, 13. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Direktion der Deutsch-Luxemburger Bergwerks- und Hütten-Aktien-Gesellschaft, Abteilung Dortmunder Union, teilt mit, daß wegen des durch den Eisenbahnerstreik verursachten Mangels an Kalk usw. die Direktion sich veranlaßt sah, gestern mittag 12 Uhr einen Hochofen und heute morgen 6 Uhr einen zweiten Hochofen auszublasen. Von heute morgen ab werden zwei Walzwerke, ferner Teile eines dritten Walzwerkes stillgelegt.**

Im besetzten Gebiet führte der Streik zu folgender Maßnahme. Aus Köln wird gemeldet: „Ueber das im Ausstand befindliche rheinisch-westfälische Kohlengebiet ist heute morgen

von der britischen Militärbehörde der Belagerungszustand verhängt

worden. Die Straße muß um 6 Uhr abends geräumt sein. Ansammlungen sind verboten. Männliche Personen dürfen nur in einem Abstand von fünf Metern die Straße passieren. Am Sonnabend abend sind über 100 Arbeiter von der Leitung der Streikenden der Elektrizitätswerke verhaftet worden. Das war das Signal zum Ausstand. Mehrere Gruben stehen unter Wasser und drohen zu ersaufen." Ueber die Gefährdung der Gruben, im Zusammenhang mit der Streikbewegung der Eisenbahner, die anscheinend von den Bergleuten unterstützt werden soll, liegt noch folgende Meldung vor: „Im Ruhrgebiet sind die Belegschaften von drei Zechen in den Ausstand getreten. Trotzdem von radikaler Seite zum Generalstreik im Ruhrgebiet gehetzt wird, glaubt man, eine Stillegung der Betriebe vermeiden zu können, wenn es gelingt, die zahlreichen Arbeitswilligen zu schützen." Wie heftig gerade im Westen die Kommunisten am Werk sind, beweist das Ueberspringen des Streikfiebers auf andre lebenswichtige Berufe, so auch auf die Telegraphen- und Telephonarbeiter, über deren Streik heute gemeldet wird: „Im westlichen Industriebezirk ist durch Sabotage der Streikenden der Telegraphen- und Telephonverkehr erheblich geschädigt worden. Nach einwandfreier Feststellung handelt es sich hierbei um ein vorbereitetes Komplott zur Störung des Drahtverkehrs. An zwei Stellen sind große Kabel mit je 20 Leitungen zerhackt worden. Der Beamtenschaft angehörige technische Angestellte arbeiten an der Behebung der Störungen. Unter dem Druck der Verhängung des Ausnahmezustandes erklärten sich heute auch die Streikenden bereit, die Anschlüsse für gemeinnützige Zwecke wiederherzustellen." Das Reichspostministerium verhandelt mit den streikenden Telegraphenarbeitern." Die Besserung, die aus dieser Meldung mit gutem Willen herausgelesen werden kann, ist auch in der folgenden Depesche, wenn auch nur in geringem Maße, zu bemerken. Es wird gemeldet:

+ **Köln, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Heute morgen haben die Eisenbahner der Hauptwerkstätte Köln und der übrigen Dienststellen in Köln die Arbeit fast durchweg wiederaufgenommen. Dagegen greift die Ausstandsbewegung im nördlichen Teil des Kölner Direktionsbezirks um sich. Auch die folgende Wolff-Meldung läßt Hoffnungen zu. Sie lautet: „Die Zentralstreikleitung in Elberfeld hat am 12. in den späten Abendstunden die Parole ausgegeben: Nachdem die Regierung hinsichtlich der Forderungen der Arbeiter bestimmte Garantien gegeben hat, wird den Arbeitern empfohlen, die Arbeit wiederaufzunehmen. Nach Anweisung der Elberfelder Eisenbahndirektion wird den Arbeitern der geforderte Vorschuß von 100 M. gezahlt werden."**

Ueber die Forderungen der Arbeiter wird gemeldet: „Die Hauptstreikleitung hat in Berlin einen Antrag gestellt, wonach die Eisenbahnarbeiter bereit sind, die Arbeit unter folgenden Bedingungen wieder aufzunehmen: Erhöhung der Abschlagszahlung auf den bewilligten erhöhten Stundenlohn von 40 auf 70 Pf., Rückwirkung vom 1. Oktober 1919, zugleich um der augenblicklichen Notlage abzuhelfen, eine Vorschußsumme von 100 M., deren Sicherheit durch die bewilligte Lohnerhöhung gegeben ist."

Das ganze Bild über den Streik, soweit es sich aus den heute vorliegenden Meldungen konstruieren läßt, ist höchst unerfreulich, besonders weil uns mehr und mehr die Gewißheit wird, daß die Eisenbahnerbewegung mißbraucht wird zu politischen Zwecken, die dem Stand, der den Namen für den Streik abgibt, im Grunde fern liegen. — Wann wird in Deutschland politische Klugheit sich zu der wirtschaftlichen Tüchtigkeit gesellen?

*

Eine Erklärung der sächsischen Eisenbahnbeamten

Der Bund sächsischer Eisenbahnbeamter und deren Anwärter veröffentlicht angesichts der Eisenbahnerstreiks im Reiche folgende Erklärung:

„Es finden augenblicklich eingehende Verhandlungen über die Regelung der Gehalts- und Lohnfragen mit der sächsischen Staatsregierung und den Eisenbahnerorganisationen statt. Unter welcher Not die Eisenbahnbeamten in den heutigen Verhältnissen zu leiden haben, ist der Oeffentlichkeit noch nicht genügend bekannt, aber von der Regierung gewürdigt worden. Nach Abwägung aller Verhältnisse hat sich die sächsische Regierung bereit erklärt, der Volkskammer unverzüglich eine Vorlage zu unterbreiten, in der die der heutigen wirtschaftlichen Lage entsprechende Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen gewährt wird. Die augenblickliche Bezahlung der Eisenbahnbeamten erfolgt an manche Gruppen im Verhältnis unter dem Arbeiter, es erscheint schon aus diesem Grunde die geforderte Erhöhung gerechtfertigt. Die sächsische Eisenbahnbeamtenschaft wird nichts unternehmen, was geeignet wäre, den guten Fortgang der Verhandlungen zu stören. Auf die Allgemeinheit wird auch in dieser Hinsicht weitestgehende Rücksicht genommen werden. Dem Vernehmen nach hat die Reichs- und die preußische Staatsregierung vorbehältlich der Zustimmung der Parlamente eine 150prozentige Erhöhung der Teuerungszulage der Beamten beschlossen, jedoch ist darüber von einer Zusage der sächsischen Regierung nichts Bindendes bekannt. Um einem Mißverständnis gleich von vornherein vorzubeugen, machen wir darauf aufmerksam, daß es sich bei den Beamten nur um eine Erhöhung der Teuerungszulage handelt, während bei den Arbeitern eine zirka 50prozentige Erhöhung des Gesamtlohnes eintreten soll. **Es ist dies also nur ein scheinbarer Unterschied."**

Agitation für den Generalstreik

+ **Berlin, 13. Januar.** (Eig. Drahtbericht)

Unabhängige und Kommunisten versuchen mit allen Mitteln, die Revolution weiterzutreiben. Angeblich zum Einspruch gegen das Betriebsrätegesetz, in Wahrheit aber zur Betätigung der neuen revolutionären Taktik hat die Parteileitung der Unabhängigen für Groß-Berlin den Generalstreik verkündet. Die Arbeiter werden aufgefordert, am 13. Januar mittags 12 Uhr die Betriebe zu verlassen. Allein, sie wollen nicht nur auf die Straße gehen, sondern vor das Reichstagsgebäude ziehen, um gegen das Betriebsrätegesetz Einspruch zu erheben. Die Berliner „Freiheit", die planmäßig auf diesen Ausgang hingearbeitet hat, will nicht nur den Generalstreik, sondern vielmehr auch den offenen politischen Kampf. Das Betriebsrätegesetz hat gewiß Fehler und es läßt sich grundsätzlich um so mehr dagegen einwenden, als die Gefahr besteht, daß sich Arbeiter und Unternehmer nicht zu einer Gemeinschaft zusammenfinden, sondern in Kampfparteien auseinanderfallen. Zu gemeinsamer Arbeit ist auf beiden Seiten die Einsicht erforderlich, daß Unternehmer und Arbeiter Diener der Wirtschaft sind, daß es ihre Aufgabe ist, die Erzeugung bis zur größten Leistung zu steigern. Eine solche Gemeinschaft läßt sich aber nicht herstellen, wenn die Arbeiter von gewissenlosen politischen Drahtziehern mißbraucht werden.

Es ist gewissenlos, die Arbeiter jetzt auf die Straße zu jagen, weil jeder Arbeitsverlust den Zeiger der Wirtschaft auf Gefahr stellt. Was sich die Arbeiter durch den Generalstreik erkämpfen wollen, das ist nicht die Sozialisierung der Betriebsräte. Für die Unabhängigen- und Kommunistenführer handelt es sich einzig und allein um die Eroberung der politischen Macht. Ist nun diese erst einmal gesichert, so werden die Arbeiter die Faust der kommunistischen Gewaltherrschaft fühlen. Die Regierung hat schon am 12. Januar bekanntgeben lassen, daß das Reichstagsgebäude in welchem Umfange abgesperrt wird, um Kundgebungen und Störungen zu verhindern. Das alles war den Drahtziehern bekannt. Wenn sie trotzdem die Arbeiter auffordern, auf die Straße zu gehen, so geschieht das, getrieben von einem Willen, der vor der äußersten Kraftprobe nicht zurückschreckt. Die Arbeiter aber, die der Aufforderung folgen, müssen sich klar darüber sein, daß es sich hier nicht um eine ursprünglich revolutionäre Tat handelt, sondern um einen vorbereiteten Putsch. Sie dürfen sich nicht wundern, wenn die Regierung auch ihre Konsequenzen zieht.

Es ist ein unerträglicher Zustand, daß die Volksvertretung unter dem Druck der Straße tagen muß. Die Nationalversammlung wird aber trotzdem die Beratung der Betriebsrätegesetze nicht unterbrechen, sie vielmehr zu Ende zu führen suchen. Tatsächlich beabsichtigen die Unabhängigen den Kampf um die Macht durch den Generalstreik zum Austrag zu bringen. Unsre Wirtschaft kann die Ueberlastung des sozialen Gefüges nicht ertragen. Bricht sie zusammen, so wird sich da etwas anderes als eine Räterepublik der Däumig und Richard Müller entwickeln.

Die Lage in Sachsen

In Sachsen kann von einer allgemeinen Streikhetze, so wird an zuständiger Stelle versichert, nicht die Rede sein. Es flackern wohl hier und da kleinere Streiks auf. So sind in letzter Zeit in der photographischen Industrie Dresdens und in den Presto-Werken in Chemnitz wilde Streiks entstanden, die unter Tarifbruch provoziert und von den Organisationen nicht anerkannt wurden. Sonst ist kein Anlaß zu ernstlicheren Besorgnissen vorhanden. **Außerdem hegt die Regierung keine Befürchtungen,** daß in Sachsen ein Eisenbahnerstreik ausbrechen wird. — Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß besonders im Bornaer Revier sich neue Arbeiterorganisationen, die Bezirks-Räteorganisationen, gebildet haben, die politisch noch weiter links stehen als die sogenannte „Union".

In Leipzig haben am Montag abend unter der Parole: „Gegen das Betriebsrätegesetz, gegen die Brotteuerung!" elf von der U. S. P. einberufene Versammlungen stattgefunden. Es sollte über den Ausbruch des Generalstreiks Beschluß gefaßt werden. Es kam jedoch nicht zum Streikbeschluß. Unter den Versammlungsteilnehmern herrschte die Ansicht vor, daß man vorläufig abwarten müsse, wie die Entwickelung im Reiche verlaufe. — Die Banken und öffentlichen Gebäude in Leipzig sind von Militär besetzt. — Der Zentralausschuß der Leipziger Arbeiterverbände erklärte, daß jetzt die Arbeitsniederlegung durch Streik den Arbeitgeber zu sofortiger Entlassung berechtige.

Die Heimkehr aus der Gefangenschaft

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß der Transport der deutschen Gefangenen aus Frankreich nun sofort beginnt und mit möglichster Beschleunigung durchgeführt wird. Die französische Regierung beabsichtigt, täglich 6—7000 Kriegsgefangene herauszugeben. Besprechungen über die Durchführung des Abtransports haben in Paris unter Hinzuziehung deutscher Transportsachverständiger begonnen. Für die Räumung der im französischen Hinterland befindlichen Lager ist auch der Seeweg ins Auge gefaßt worden. Das Eisenbahnmaterial wird in jedem angeforderten Umfang von deutscher Seite gestellt. Die in der Presse aufgetauchte Nachricht, daß die von Deutschland zu liefernden Eisenbahnwagen nicht rechtzeitig zur Stelle gewesen wären, entspricht nicht den Tatsachen. Die Wagen stehen bereit, und es ist längst Vorsorge getroffen worden, daß das Eisenbahnmaterial zu jeder Zeit sofort nach Anforderung durch die französischen Behörden abrollen kann. Die Zahl der in die Heimat zurückkehrenden Kriegsgefangenen wird laufend bekanntgegeben. — Die französischen Behörden haben übrigens Vorkehrungen getroffen, daß die Gefangenen erst aus dem besetzten Gebiet herauskommen, ehe sie in die politischen Geschicke des neuen Deutschland, das sie vorfinden, einstweilen werden. Auch Empfangsfeierlichkeiten im besetzten Gebiet sind den Besatzungsbehörden unerwünscht, wie aus der folgenden Meldung hervorgeht:

⚭ **Karlsruhe, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Speyer wird gemeldet: Im besetzten Gebiet wurden politische Ansprachen und Begrüßungsreden beim Empfang der aus Frankreich heimkehrenden deutschen Kriegsgefangenen durch die französischen Behörden verboten.**

Gleichzeitig mit den Gefangenen aus den französischen Lagern kehrt die deutsche Besatzung der Scapa-Flow-Schiffe in die Heimat zurück, außerdem scheint es jetzt zu gelingen, die noch in den sibirischen Lagern zurückgehaltenen deutschen Gefangenen nach Deutschland zurückzuführen. Es liegen folgende Meldungen vor:

⚭ **Rotterdam, 13. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung aus London verläßt am kommenden Donnerstag die deutsche Besatzung der bei Scapa Flow versenkten Schiffe das englische Internierungslager zur Heimkehr nach Deutschland.**

WSL. **Dresden, 12. Januar. Auf Fürsprache des deutschen und des schwedischen Roten Kreuzes in Sibirien hat die sibirische Regierung in Omsk sich geneigt gezeigt, diejenigen kranken und invaliden Kriegsgefangenen, für deren Rückführung eine Sicherheit von je 200 Dollar bei einer der Geschäftsstellen des schwedischen Roten Kreuzes in Sibirien hinterlegt wird, in ihre Heimat reisen zu lassen. Ein Plan für die Rückführung dieser invaliden Kriegsgefangenen ist von den Geschäftsstellen des Roten Kreuzes in Sibirien ausgearbeitet worden. Daraufhin hat die deutsche Regierung sich bereit erklärt, nicht nur für diejenigen deutschen Kriegsgefangenen, deren sofortige Heimbeförderung aus gesundheitlichen Rücksichten erforderlich ist, sondern auch für alle noch in Sibirien befindlichen reichsdeutschen Kriegs- und Zivilgefangenen den Betrag von 200 Dollar auf jeden Kopf beim Roten Kreuz in Sibirien zu hinterlegen, falls für diese Summe die Gefangenen bis in die Heimat gebracht werden und auch eine Gewähr für Beschleunigung der Heimkehr dieser Bedauernswerten gegeben ist. Hoffentlich wird die Heimreise nicht durch Verkehrsschwierigkeiten verzögert.**

Auch aus Japan kehren wieder deutsche Chinakämpfer heim. Der dritte Heimschaffungstransport deutscher Kriegsgefangener hat Japan, wie aus Berlin gemeldet wird, am 5. Januar auf dem Dampfer „Hymalaja Maru" verlassen. An Bord befinden sich 23 Offiziere, 26 Portepee-Unteroffiziere und 908 Unteroffiziere und Mannschaften, zusammen 956 Mann, wovon der größte Teil aus dem Lager Kurume, die übrigen aus dem Lager Nagoya stammen. Der Transport, dessen Führer Hauptmann Boethke ist, wird Schanghai, Singapore, Sabang und Port Said anlaufen.

*

Die erste Zusammenkunft des Völkerbundrats

✕ **Horsea, 12. Januar. (Funkspruch.) Eine Meldung aus Paris besagt, daß die erste Zusammenkunft des Völkerbundrats auf Freitag den 16. Januar 10 Uhr 30 Min. festgesetzt ist. Der Völkerbund wird mit oder ohne die Vereinigten Staaten in sehr kurzer Zeit in Kraft treten.**

*

Ein unverständliches Verbot im Saargebiet

w. **Saarbrücken, 13. Januar.** (Eig. Drahtbericht.) Der französische Militärverwalter hat die von der Reichsregierung beschlossene Kürzung der Brotration um 50 Gramm wöchentlich zugunsten der notleidenden Kinder Oesterreichs im Saargebiet verboten.

Die neuen Reichstagswahlen

Von **Friedrich Weinhausen, M. d. N.**

Die halbamtlichen Versicherungen, daß die Neuwahlen zum Reichstag so bald als möglich anberaumt werden sollen, kehren immer wieder. Es wird jetzt auch sehr ernstlich an dem neuen Reichstagswahlgesetz gearbeitet. Und wenn man in politischen Kreisen im Lande auf die Reichstagswahlen zu sprechen kommt, so hört man in allen Parteilagern häufig, daß sie nicht länger hinausgeschoben werden sollten.

Nun ist es zweifellos richtig, daß die erste Hauptaufgabe der Nationalversammlung, nach der sie auch den Namen trägt, mit der Verabschiedung der Verfassung erledigt ist. Ganz so sicher ist es schon nicht, ob auch die zweite Aufgabe, den Frieden zu schließen, mit der Ratifizierung und Unterzeichnung des Versailler Schmachvertrages beendet war. Es haben sich inzwischen mehr als einmal bei den Verhandlungen Umstände ergeben, die wenigstens ein inoffizielles Befragen der Nationalversammlung und eine Mitwirkung ihrer Fraktionen bei den schweren Regierungsentscheidungen wünschenswert machten. Aber es besteht ja wohl die Aussicht, daß auch diese Aufgabe in diesen Tagen als endgültig erledigt betrachtet werden kann.

Trotzdem ist die Frage, ob die Neuwahlen jetzt sofort erfolgen sollen, oder gar, ob sie nicht schon längst hätten vollzogen werden müssen, keineswegs so leichthin mit ja zu beantworten, wie es vielfach geschieht.

Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat doch wohl unzweifelhaft die Aufgabe gehabt, auf dem Trümmerhaufen des völligen Zusammenbruches zunächst die Grundlagen einer neuen Zukunft Deutschlands zu legen. Zu diesen Grundlagen gehörte allerdings die Verfassung und der Friedensschluß. Dazu gehörte aber nicht minder die Schaffung geordneter Zustände im Lande. Rückführung von Ordnung und Recht, Wiederbelebung von Arbeitslust und Unternehmungsgeist, Wiedereinführung von Gesetzlichkeit und gesunder Finanzwirtschaft: das waren und sind die dringlichen Aufgaben, ohne deren Lösung das Reich nicht bestehen und der Wiederaufbau nicht beginnen kann. Die Lösung dieser Aufgaben ist keine „spätere Sorge", sondern brennendste Aufgabe des Tages.

Die deutsche Nationalversammlung hat sich diesen dringlichen Verpflichtungen von Anfang an mit Eifer gewidmet. In unsrer so ereignisreichen Zeit werden auch wichtige Vorgänge nur allzu schnell vergessen. Deshalb sei kurz daran erinnert, daß die Nationalversammlung samt der Regierung nach Weimar gehen mußte, weil in Berlin ihre Existenz gefährdet war. Dort mußte eine provisorische Verfassung und ein provisorisches Heer geschaffen werden, dem Reiche wieder eine Spitze zu geben, die aufgeregten Arbeitermassen durch sozialpolitische Gesetze und Maßnahmen zu beruhigen versucht, die endgültige Organisation einer Wehrmacht bestimmt, die inneren Einrichtungen des Reiches und der ganze in Verwirrung gebrachte Regierungsapparat wiederhergestellt, die dauernde grundlegende Verfassung beraten und beschlossen und die völlig zusammengebrochene Finanzgebarung wieder zu ordnen begonnen werden.

Zwischen all diese wechselvollen, schwierigen und dringenden Aufgaben eine Reichstagswahl zu legen, wäre ganz unmöglich gewesen. Selbst wenn man das Wahlverfahren von den Nationalversammlungswahlen trotz seiner offenbar gewordenen Mängel unverändert hätte übernehmen wollen, so fehlte einfach die Zeit zur Vorbereitung und zur Durchführung der Wahlen. Sehr viele Zeitgenossen ahnen gar nicht, mit welcher Hetze ständig von der Nationalversammlung gearbeitet werden mußte, wahrhaftig nicht aus Freude an diesem zermürbenden Automobiltempo der Beratungen, oder auf Befehl eines einzelnen Regierungsdiktators, sondern aus innerem und äußerem Zwang der Dinge und Zustände an sich. Wer glaubt denn aber, daß es damit heute besser geworden ist? Gewiß, es gibt oberflächliche Beurteiler genug, die meinen, weil in den Straßen nicht mehr geschossen wird und die Eisenbahnen wieder fahren — streiken sie nicht gerade jetzt wieder? —, sei das öffentliche Leben schon wieder normal und man könne deshalb jeden Tag Wahlen ausschreiben. Aber zeigen nicht gerade so manche Vorgänge der letzten Wochen, daß es immer noch unter der glatten Oberfläche recht bewegt zugeht? Solange der äußere Anstoß fehlt und nichts versäumt wird, um die Gemüter zu beruhigen, mag man wohl streiten, ob die Gegenrevolution von links oder von rechts her stärker drohe. Aber wer will die Verantwortung dafür übernehmen, daß diese Streitfrage auch weiterhin nur eine theoretische bliebe, wenn das Fieber der Wahlleidenschaft den ganzen deutschen Volkskörper wieder ergreift? Im Januar vorigen Jahres war die Agitation in Wahlversammlungen in vielen Teilen des deutschen Vaterlandes geradezu lebensgefährlich. Glaubt jemand, daß es heute ruhiger abgehen würde als damals?

Aber es sprechen weitere wichtige Gründe gegen die sofortige Anberaumung von Reichstagsneuwahlen. Aeußerlich müssen zunächst einmal die neuen Grenzen des Reiches feststehen, ehe eine endgültige Wahlkreiseinteilung geschaffen und ordnungsmäßig gewählt werden kann. Darüber werden aber, wie man weiß, auch nach der Unterzeichnung des Friedens noch Wochen und Monate vergehen.

Bedeutsam ist auch folgende Erwägung: Die allmähliche Gesundung unsres staatspolitischen und wirtschaftspolitischen Lebens verlangt dringend einen baldigen Abschluß der Steuergesetzgebung. Man mag über die Steuerpolitik, die bisher von der Nationalversammlung unter Erzbergers Führung eingeschlagen worden ist, urteilen wie man will: gewiß ist zur Beseitigung der inneren und äußeren Beunruhigung und zur Verhinderung noch weiterer Steuerflucht und Wertevergeudung ein entschlossenes, schnelles Arbeiten der Steuergesetzgebung notwendig. Frühere Wahlen hätten diese Arbeit um viele Monate unterbrochen, und alsbaldige Wahlen würden einen Torso der früheren Arbeit und eine Unsicherheit im geschäftlichen und privaten Erwerbsleben hervorbringen, die von den übelsten Folgen sein müßte.

Es ist aber gar nicht allein die Steuerpolitik, die erst beendet sein muß, ehe Neuwahlen einsetzen können, sondern es ist die Notwendigkeit überhaupt, erst einmal klare Verhältnisse zu schaffen, welche sofortigen Neuwahlen entgegensteht. Das frühere Herrschaftssystem hat solange die deutsche Politik bestimmt und das deutsche Volk so einseitig beeinflußt, daß eine wirkliche freie Volksentscheidung bei künftigen Wahlen erst möglich sein kann, wenn Licht und Schatten einigermaßen gerecht verteilt sein werden. Das war bisher noch nicht möglich. Es wurde nicht nur

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200114/1